

## Antwort

der Landesregierung

auf die Kleine Anfrage Nr. 2053

der Abgeordneten Christine Wernicke (BVB / FREIE WÄHLER Fraktion)

Drucksache 7/5627

### Weiterentwicklung des Schülertickets Brandenburg

Namens der Landesregierung beantwortet der Minister für Infrastruktur und Landesplanung die Kleine Anfrage wie folgt:

Vorbemerkung der Fragestellerin: Im gemeinsamen Koalitionsvertrag von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen „Ein neues Kapitel für Brandenburg - Zusammenhalt, Nachhaltigkeit, Sicherheit“ steht: *„Die Koalition strebt eine stärkere Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs als Maßnahme der Daseinsvorsorge und des Klimaschutzes an und wird die Einführung des 365-Euro-Tickets prüfen. Mit den im Jahr 2019 eingeführten 365-Euro-Azubi-Tickets und dem neuen Firmenticket wurden wichtige Schritte bei der Verbesserung des VBB-Tarifs umgesetzt. Wir werden an der Harmonisierung und Vereinfachung der Tarife weiterarbeiten und wollen in einem ersten Schritt Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler erreichen.“*

Aus den Antworten der Landesregierung auf die Mündlichen Anfragen Nr. 23 (Plenarprotokoll 7/5, S. 126) und Nr. 438 (Plenarprotokoll 7/36, S. 108) sowie auf die Kleine Anfrage Nr. 826 (Drucksache 7/2342) ist zu entnehmen, dass

1. zur genaueren Ermittlung von Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler ein Gutachten erstellt werden sollte, um die Auswirkungen auf die aktuell gültigen Regelungen inkl. der ggf. entstehenden Mindereinnahmen zu ermitteln. Die VBB wurde mit Schreiben vom 7. April 2020 mit der Erstellung des Gutachtens beauftragt. Mit der Beauftragung wurden zunächst folgende Schwerpunkte angeführt:
  - a) verbundweites 365-Euro-Ticket für Schüler (analog VBB-Abo Azubi),
  - b) kostenloses Wohnort-Schule-Ticket für Sekundarstufe 1 und/oder 2,
  - c) kostenloses brandenburgweit gültiges Schülerticket (analog Berlin AB),
  - d) Erhöhung der Rabattierung des VBB Schülertickets von 25 % auf 50 % (analog Mobilitätsticket Brandenburg),
  - e) innovative Vorschläge für bestehende Tarifprodukte oder andere Alternativen für Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler

2. Vor dem Hintergrund der SARS-CoV-2-Pandemie wurde die Weiterentwicklung der Schülertickets in Abstimmung zwischen dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung und dem VBB zunächst zurückgestellt. Ende 2020 wurden die Gespräche mit dem VBB zur Konkretisierung des Prüfauftrages wiederaufgenommen. Aufgrund der Zuständigkeiten der Landkreise und kreisfreien Städte für die Schülerbeförderung wurde jedoch entschieden, eine Arbeitsgruppe mit einigen Vertreterinnen und Vertretern der kommunalen Ebene zu bilden. Diese Arbeitsgruppe trifft sich regelmäßig im Abstand von sechs bis acht Wochen. Ziel sei es, bis zum Herbst 2021 mögliche Umsetzungsergebnisse zu präsentieren.

1. Wann und wo hat die Arbeitsgruppe bis heute getagt?

Zu Frage 1:

- Kick-off der Arbeitsgruppe im Dezember 2020
- vier Arbeitsgruppensitzungen (im Februar, März, Mai und Juni 2021)
- Abstimmung MIL-VBB im August 2021

Aufgrund der COVID-19 Pandemie haben alle Arbeitsgruppentreffen online per Videokonferenzen stattgefunden.

2. Welche Mitglieder sind Teil dieser Arbeitsgruppe?

Zu Frage 2: Die Arbeitsgruppe bestand aus Vertretern der kommunalen Aufgabenträger und Verkehrsunternehmen (die Ihre Bereitschaft an der Teilnahme der Arbeitsgruppe erklärt haben), dem Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg (VBB) und dem Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung.

3. Wurden die oben genannten Schwerpunkte 1a) bis e) durch die Arbeitsgruppe analysiert? Welche Kosten sind jeweils ermittelt worden?

Zu Frage 3: Die genannten Schwerpunkte 1a) bis e) wurden durch die Arbeitsgruppe analysiert. Der vorläufig ermittelte Ausgleichsbetrag pro Jahr beträgt:

Prüfthema 1 - 365 Euro verbundweit für Brandenburger Schülerinnen und Schüler:  
ca. 55 Mio. Euro

Prüfthema 2 - Schulort Wohnort kostenlos für Brandenburger Schülerinnen und Schüler:  
ca. 86,6 Mio. Euro

Prüfthema 3 - brandenburgweit kostenlos für Brandenburger Schülerinnen und Schüler:  
ca. 148,8 Mio. Euro (bzw. verbundweit ca. 191 Mio. Euro)

Prüfthema 4 - Erhöhung Rabattsatz von 25% auf 50% bei Zeitkarten für Schülerinnen und Schüler: ca. 17 Mio. Euro

Prüfthema 5 - Innovative Vorschläge für bestehende Tarifprodukte oder andere Alternativen für Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler:

Die folgende Vorschläge wurden innerhalb des Prüfthemas 5 diskutiert, jedoch nicht befürwortet: einheitlicher Zuschuss für die Schülerbeförderung pro Monat, Anspruch auf tarifliches Grundangebot, VBB-Freizeit-Ticket plus.

Eine Dynamisierung bzw. ein möglicher Mehrverkehr blieben bei allen Berechnungen unberücksichtigt. Nicht von der Betrachtung umfasst waren die Prüfung geeigneter Abrechnungs-/Ausgleichsverfahren im Rahmen der Einnahmenaufteilung, Schaffung vertraglicher Grundlagen und ggf. Anpassung einzelner Landkreissatzungen.

4. Zu welchen Umsetzungsergebnissen ist die Arbeitsgruppe bisher gekommen?

Zu Frage 4:

Prüfergebnis 1: keine weitere Bearbeitung der Prüfthemen 1 und 2 aufgrund der aufgestellten Bewertungskriterien - keine Umsetzungsempfehlung.

Prüfergebnis 2: weitere Prüfung der Prüfthemen 3 und 4.

Prüfergebnis 3: es wurden keine weiteren Vorschläge, als die aufgezeigten, für tarifliche Möglichkeiten für Schüler und Schülerinnen (Prüfthema 5) eingebracht. Eine weitere Analyse zu den Vorschlägen (einheitlicher Zuschuss für die Schülerbeförderung, Anspruch auf tarifliches Grundangebot, VBB Freizeitticket plus) wurde vorerst nicht befürwortet.

5. Wann werden diese Ergebnisse präsentiert?

Zu Frage 5: Die Ergebnisse der Arbeitsgruppe wurden in einer Informationsveranstaltung am 1. September 2021 dem Beirat der Verkehrsunternehmen und dem Beirat der Gesellschafter des Verkehrsverbundes Berlin-Brandenburg (VBB) vorgestellt.

6. Ist mit einer Umsetzung der im Koalitionsvertrag aufgeführten Verbesserungen für Schülerinnen und Schüler in dieser Legislaturperiode zu rechnen?

Zur Frage 6: Aufgrund der mit den derzeitigen Haushaltverhandlungen verbunden finanziellen Unsicherheiten ist es gegenwärtig nicht möglich eine Aussage darüber zu treffen, ob mit einer Verbesserung für Schülerinnen und Schüler in dieser Legislaturperiode zu rechnen ist.